

# ZWISCHENRÄUME



POLICY BRIEF Nr. 26

Februar 2026

## **Externalisierte Migrationspolitik zu kurz gedacht: Die Folgen langer Zwischenaufenthalte in der Türkei für die Integration syrischer Geflüchteter in Österreich**

Written by our cooperation partner  
oip-Österreichisches Institut für Internationale Politik:

Dr. Judith Kohlenberger  
Mag. Sophie Reichelt, MA

**Plattform für Nachhaltige Entwicklung (SDGs)**  
Gesamtuniversitäre Plattform für die Förderung der Ziele  
für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen

## **Abstract:**

Dieser Policy Brief untersucht die Folgen der Externalisierungsstrategie der Europäischen Union in der Türkei auf die (Arbeitsmarkt-)Integration syrischer Geflüchteter in Österreich. Ziel der Migrationspolitik ist es, Schutzsuchende zum Verbleib in der Türkei zu bewegen und irreguläre Weiterwanderung in die EU zu reduzieren. Die Ergebnisse zeigen allerdings, dass diese Strategie auf lange Sicht nicht effektiv ist. Seit 2021 ist erneut ein deutlicher Anstieg syrischer Geflüchteter in westeuropäischen Aufnahmestaaten wie Österreich zu verzeichnen. Im Unterschied zur Kohorte der Jahre 2015/2016, in der viele direkt aus Syrien einreisten, haben zahlreiche neu angekommene Personen langjährige Zwischenaufenthalte in der Türkei hinter sich. In diesem Zeitraum erlebten viele Syrer:innen eine kontinuierliche, institutionalisierte Unsicherheit, bedingt durch einen provisorischen Rechtsstatus, erzwungene Rückführungen, Mobilitäts- und Arbeitsmarktbeschränkungen, Diskriminierungserfahrungen, ungenügendem Zugang zum Bildungssystem sowie Unklarheiten über langfristige Bleibeperspektiven.

Diese Faktoren wirkten nicht nur als Treiber für die Weiterreise in die EU, sondern haben auch erhebliche negative Folgen für psychische Gesundheit, Bildungsbiografien und Erwerbsverläufe.

Die Analyse argumentiert, dass die EU-Externalisierungspolitik langfristig nicht zu geringeren, sondern zu erhöhten Integrationskosten in EU-Aufnahmestaaten führt. Für die rezente Kohorte ergeben sich ein über klassische Integrationsmaßnahmen hinausgehender Unterstützungsbedarf, insbesondere im psychosozialen Bereich, sozialarbeiterischer Begleitung sowie im Bereich der Basisbildung.

Die Ergebnisse basieren auf qualitativen Interviews und Fokusgruppendifkussionen (FGDs) mit syrischen Geflüchteten sowie auf Expert:inneninterviews mit Fachkräften aus dem Migrationsbereich.

This policy brief examines the consequences of the European Union's externalisation strategy in Turkey for the (labour market) integration of Syrian refugees in Austria. The aim of this migration policy is to encourage protection seekers to remain in Turkey and to reduce irregular onward migration to the EU. However, the findings indicate that this strategy has proven ineffective in the long term. Since 2021, there has been a renewed and significant increase in the number of Syrian refugees arriving in Western European receiving countries such as Austria. Unlike the 2015/2016 cohort, many of whom entered directly from Syria, a considerable share of recently arrived refugees had spent extended periods in Turkey prior to their onward migration.

During this time, many Syrians experienced continuous, institutionalised insecurity, resulting from a temporary legal status, forced returns, restrictions on mobility and access to the labour market, experiences of discrimination, insufficient access to the education system, and uncertainty regarding long-term prospects of stay. These factors not only acted as drivers of onward migration to the EU but also had substantial negative effects on mental health, educational trajectories, and employment pathways.

The analysis thus argues that the EU's externalisation policy does not lead to lower integration costs in the long run, but rather to increased costs for EU receiving states. For the recent cohort, there is a need for support measures that go beyond classical integration policies, particularly in the areas of psychosocial care, social work assistance, and basic education provision.

The findings are based on qualitative interviews and focus group discussions (FGDs) with Syrian refugees, as well as expert interviews with practitioners working in the field of migration.

**Dr. Judith Kohlenberger** ist Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip) und am Institut für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien (WU). Sie ist am Jacques Delors Centre an der Hertie School in Berlin affiliert. Ihre Arbeiten wurden in internationalen Fachzeitschriften wie PLOS One, Refugee Survey Quarterly und International Migration veröffentlicht und mit mehreren Preisen ausgezeichnet, zuletzt mit dem österreichischen Wissenschaftsbuch des Jahres 2023. Sie ist Mitglied im Integrationsrat der Stadt Wien und im Vorstand der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖgfE). Am oiip arbeitet Judith zu den Themen Zwangsmigration und Flüchtlinge, insbesondere aus dem Mittleren Osten, und deren Arbeitsmarktintegration in europäischen Aufnahmeländern.

**Mag. Sophie Reichelt, MA** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip). Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Forced Migration, insbesondere in der Arbeitsmarktintegration Geflüchteter in europäischen Aufnahmegeellschaften sowie in der Political Borderwork humanitärer Organisationen. Sie studierte Internationale Wirtschaftswissenschaften (Universität Innsbruck, Universidad Autónoma de Madrid) und Internationale Entwicklung (Universität Wien) mit Fokus auf Friedens- und Konfliktforschung sowie Migrationsstudien. Zudem koordiniert sie das österreichische Netzwerk der Anna Lindh Stiftung.

## Inhaltsverzeichnis

1 Executive Summary .....	5
2 Einleitung .....	6
3 „Protracted Displacement“ in der Türkei und dessen Folgen für die (Arbeitsmarkt-) Integration in Österreich .....	9
3.1 Die Türkei als „sicherer Drittstaat“? .....	9
3.2 Beschränkter Zugang zum Bildungssystem .....	13
3.3 Prekäre Arbeitsmarktbedingungen .....	17
4 Empfehlungen für das Aufnahmeland Österreich .....	20
5 Fazit und Ausblick .....	23
6 Appendix .....	24
7 Referenzen .....	27

# 1 Executive Summary

Die Strategie der Europäischen Union, syrische Geflüchtete zum Verbleib in der Türkei zu bewegen, erwies sich mittel- und langfristig als weitgehend ineffektiv. Trotz zahlreicher Maßnahmen im Rahmen der EU-Türkei-Erklärung, nahm die Zahl syrischer Geflüchteter, die in westeuropäischen Aufnahmelandern wie Österreich ankamen, ab dem Jahr 2021 erneut deutlich zu.

Im Gegensatz zu syrischen Geflüchteten, die 2015/2016 in die EU kamen und überwiegend direkt aus Syrien einreisten, hatten viele der neu angekommenen Geflüchteten lange Zwischenaufenthalte in der Türkei hinter sich.

In diesem Zeitraum erlebten viele Syrer:innen eine kontinuierliche, institutionalisierte Unsicherheit, bedingt durch einen provisorischen Rechtsstatus, erzwungene Rückführungen, Mobilitäts- und Arbeitsmarktbeschränkungen, Diskriminierungserfahrungen – sowohl institutionell als auch vonseiten der lokalen Bevölkerung –, einen ungenügenden Zugang zum Bildungssystem sowie Unklarheiten über die Dauerhaftigkeit ihres Schutzes.

Diese Erfahrungen bedingten nicht nur die Weiterreise in die EU, sondern bedeuteten auch gravierende Auswirkungen auf die psychische Gesundheit, die Bildungsbiografien und die Arbeitserfahrungen syrischer Geflüchteter und erschweren damit spätere Integrationsprozesse.

In Zusammenschau obiger Einblicke in die Lebensrealität syrischer Geflüchteter in der Türkei und später im Aufnahmeland Österreich zeigt sich, dass durch die nicht nachhaltige Externalisierungspolitik der EU über die Zeit nicht geringere, sondern höhere Integrationskosten entstehen. Für die rezent in Österreich angekommene Kohorte ergibt sich ein erhöhter Bedarf an über die klassischen Integrationsmaßnahmen hinausgehender psychosozialer Unterstützung und sozialarbeiterischer Begleitung sowie an Basisbildungsangeboten.

## 2 Einleitung

Der Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien in 2011 zwang Millionen Syrer:innen, ihre Heimat zu verlassen und jenseits der nationalen Grenzen Schutz zu suchen. Durch ihre 911 Kilometer lange Grenze zu Syrien, wurde die Türkei seither zu einem der von dieser humanitären Krise am stärksten betroffenen Länder. Allein zwischen 2011 und 2016 flohen mehr als 2,7 Millionen Syrer:innen in die Türkei (İçduygu 2016). Anfangs verfolgte die türkische Regierung eine „open door policy“ gegenüber den von ihnen als „Gästen“ bezeichneten Syrer:innen (İçduygu und Şimşek 2016; Özertürk 2019). Eine Bezeichnung, die auf der Annahme beruhte, dass ihr Aufenthalt in der Türkei lediglich von kurzer Dauer sein würde (Toğral Koca 2016). Mit dem sich verschärfenden und immer länger andauernden Konflikt wurde jedoch zunehmend deutlich, dass Syrer:innen keine vorübergehenden Besucher:innen, sondern langfristig Schutzsuchende sind (IOM 2018). Diese Erkenntnis führte in der Türkei zu wesentlichen innenpolitischen Maßnahmen, wie dem Erlass des türkischen „Ausländer- und internationalen Schutzgesetzes“ (türkisch: Yabancılar ve Uluslararası Koruma Kanunu, Gesetz Nr. 6458) im Jahr 2013. Damit einhergehend erhielten Syrer:innen einen „Temporary Protection Status“, der ihnen Zugang zu Bildung, Sozialhilfe, Gesundheitsversorgung und dem Arbeitsmarkt gewähren sollte.

Zudem ersuchte die türkische Regierung unter Präsident Erdoğan um Unterstützung beim Migrationsmanagement auf internationaler Ebene, die insbesondere durch die Europäische Union zugesichert wurde. Am 18. März 2016 schlossen die EU und die Türkei die prominente, viel diskutierte EU-Türkei-Erklärung. Die EU reagierte damit auf die mehr als eine Million „irregulären“ Ankünfte syrischer Geflüchteter im Jahr 2015 – davon rund 850.000 auf den griechischen Inseln (IOM 2016) – sowie auf die zahlreichen, medial breit berichteten Todesfälle von Migrant:innen im Mittelmeer und in der Ägäis.

Im Rahmen dieser Erklärung<sup>1</sup> verpflichtete sich die EU, der Türkei umfangreiche finanzielle Unterstützung über die Facility for Refugees in Turkey (FRIT) bereitzustellen – zunächst in Höhe von drei Milliarden Euro, später auf sechs Milliarden Euro aufgestockt. Neben dem erklärten Ziel, Migrant:innen eine Alternative zur Gefährdung ihres Lebens zu bieten<sup>2</sup> (Council of the European Union 2016), sollten in der EU-Türkei-Erklärung festgehaltene Maßnahmen die Lebensbedingungen syrischer Geflüchteter in der Türkei verbessern und Anreize schaffen, „so that they have no reason to try to reach the EU irregularly“ (The Federal German Government 2021). Konkreter sollten die Mittel für die Stärkung der Bereiche Bildung, Gesundheit, Migrationsmanagement sowie sozioökonomische Teilhabe eingesetzt werden (European Commission o. D.). Die Erklärung verdeutlichte damit die zunehmende Tendenz der EU und ihrer Mitgliedstaaten, Migrationssteuerung zu externalisieren.

Die Externalisierung der Migrationssteuerung in die Türkei erweist sich mittel- und langfristig jedoch als weitgehend ineffektiv: 2021 nahm die Zahl syrischer Geflüchteter, die in westeuropäischen Aufnahmeländern wie Österreich ankamen, erneut deutlich zu (siehe Abbildung 1).

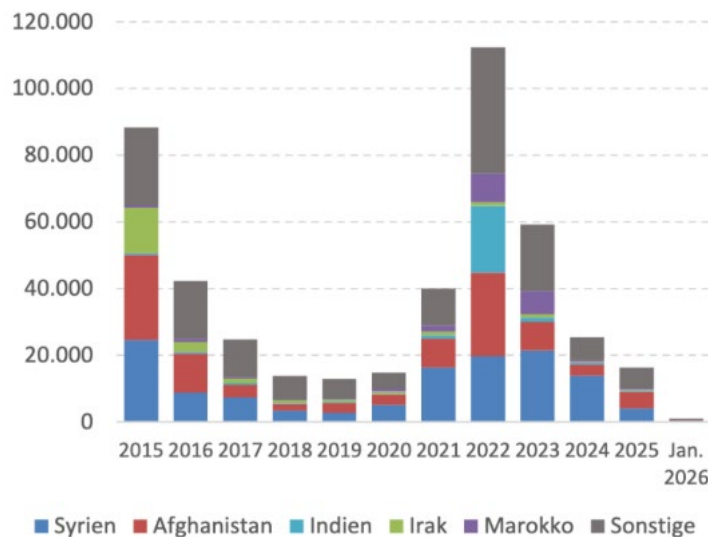


Abbildung 1 Asylanträge der Top-Herkunftsnationalitäten in Österreich 2015-2025. In blau: Asylanträge syrischer Staatsangehöriger.

Quelle: BMI 2026

Im Gegensatz zu den Geflüchteten, die zwischen 2015 und 2016 („Kohorte 2015–2016“) und überwiegend direkt aus Syrien kamen, durchlebten viele der neu Ankommenden lange Zwischenaufenthalte in Transitstaaten wie der Türkei, bevor sie in der EU ankamen. Wie eine kürzlich veröffentlichte Studie aufzeigt, verfügt diese Gruppe überproportional häufig über keine oder geringe formale Schulbildung, weist unterbrochene Erwerbsbiographien auf und ist vermehrt psychischen Belastungen ausgesetzt (Kohlenberger et al. 2025a).

Basierend auf halbstrukturierten Interviews und Fokusgruppendifkussionen mit syrischen Geflüchteten (N=29), die vor ihrer Ankunft in Österreich in der Türkei lebten sowie auf vorliegender Literatur, zeichnet diese Policy Analyse einerseits die prekären Lebensbedingungen syrischer Geflüchteter in der Türkei nach. Trotz der türkischen und EU-Maßnahmen zur Integration syrischer Geflüchteter vor Ort hatten viele von ihnen keinen ausreichenden Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und Unterstützungsangeboten und waren zugleich massiv mit Rassismus konfrontiert, was ihre nachhaltige Integration verhinderte und ihr Wohlbefinden beeinträchtigte. Der Aufenthalt in der Türkei wird daher für viele zum „protracted displacement“: Eine Phase, in der ihr Leben nicht in unmittelbarer Gefahr ist, ihre Grundrechte und grundlegenden wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Bedürfnisse jedoch weitestgehend unerfüllt bleiben (Crawley et al. 2017; Etzold et al. 2019; Pries und Zulfikar Savcı 2023; UNHCR 2024).

Während Syrer:innen anfänglich mittlere bis hohe Bleibeabsichten in dem Nachbarland Türkei aufwiesen (Kaya 2017a 2017b; Müller-Funk 2019; Rottmann und Kaya 2021; Düvell et al. 2021), führten die sich verschlechternden politisch-institutionellen, ökonomischen, entwicklungsbezogenen und sicherheitsrelevanten Bedingungen in der Türkei dazu, dass immer mehr Syrer:innen nach Europa weiter migrierten (sogenannte „secondary migration“, siehe Kohlenberger et al. 2026).

Andererseits untersucht diese Policy Analyse die Folgen ihres erlebten „protracted displacements“ für ihre (Arbeitsmarkt-)Integration im Aufnahmeland Österreich. Dafür wurden zusätzlich Interviews mit Praktiker:innen aus den Bereichen Arbeitsmarktintegration und Geflüchtetenhilfe in Österreich geführt (N=21)<sup>3</sup>. Während die syrischen Studienteilnehmer:innen aus erster Hand über ihre Erfahrungen aus der Türkei und Herausforderungen bei der Integration in Österreich berichteten, erfolgte seitens der Expert:innen eine Einordnung dieser Erfahrungen in einen breiteren institutionellen und strukturellen Kontext.

Auf Basis der Analyse stellen wir evidenzbasierte Strategien zur Optimierung aktueller Integrationsangebote unter Berücksichtigung spezifischer Bedürfnisse vor.

## 3 „Protracted Displacement“ in der Türkei und dessen Folgen für die (Arbeitsmarkt-) Integration in Österreich

### 3.1 Die Türkei als „sicherer Drittstaat“?

Die Strategie der Europäischen Union syrische Geflüchtete in der Türkei von der Weiterreise in die EU abzuhalten, basiert auf der Einstufung der Türkei als „sicheren Drittstaat“. Eine Klassifizierung, die ein zentrales Fundament der europäischen externalisierten Migrationssteuerung bildet. Sie legitimiert nicht nur die EU-finanzierten Programme, die auf die Integration von Syrer:innen in der Türkei abzielen, sondern auch deren Rückführung in die Türkei aus Griechenland<sup>4</sup>.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2015, die Türkei als „sicheren Drittstaat“ einzustufen (European Union 2015), war angesichts der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, innerstaatlicher Konflikte mit Minderheitengruppen sowie der hohen Anerkennungsquote türkischer Asylanträge in der EU von Beginn an umstritten - (AIDA 2015). Eine Bewertung der Kriterien, die ein Nicht-EU-Staat gemäß Artikel 38 der Richtlinie 2013/32/EU (EU-Asylverfahrensrichtlinie) erfüllen muss, um als sicherer Drittstaat zu gelten, verdeutlicht, dass diese Klassifizierung bestenfalls als zweifelhaft gelten kann. Eine Einschätzung, die von vielen Wissenschaftler:innen, Menschenrechtsorganisationen und politischen Entscheidungsträger:innen geteilt wird (Ulusoy 2016; Roman et al. 2016; Peers et al. 2016; Şimşek 2017; Carp 2018; Aydın 2018; Ovacık 2024; Refugee Support Aegean 2024).

Zunächst verlangt die EU-Asylverfahrensrichtlinie, dass Asylsuchende in sogenannten sicheren Drittstaaten Zugang zu einem Verfahren zur Anerkennung des Flüchtlingsstatus und – im Falle einer Anerkennung – Schutz unter Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten. Obwohl die Türkei sowohl Vertragsstaat der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 als auch ihres New Yorker Protokolls von 1967 ist, hält sie an einer geografischen Beschränkung der Konvention fest. Gemäß dieser Einschränkung werden nur jene Personen nach türkischem Recht formell als Flüchtlinge anerkannt, die vor Verfolgung oder anderen Fluchtgründen in Europa fliehen. Syrische Geflüchtete sind damit von einem Schutz im Sinne der Genfer Konvention ausgeschlossen. Für sie wurde ein separates Schutzregime geschaffen: der sogenannte Temporary Protection Status. Die zeitliche Befristung dieses Status spiegelt die – zumindest anfängliche – Annahme der türkischen Regierung wider, dass Syrer:innen nur vorübergehende „Gäste“ seien und die Betroffenen nach Stabilisierung der Lage nach Syrien zurückkehren würden. Dieser Status gewährt zwar einen legalen Aufenthaltsstatus und Zugang zu öffentlichen Leistungen, wie etwa zu Gesundheitsversorgung, Bildung und einem bedingten Arbeitsmarktzugang (Çelik und White 2022), bleibt jedoch hinter den Garantien der Genfer Flüchtlingskonvention hinsichtlich dauerhaften Schutzes und rechtlicher Sicherheit deutlich zurück. Trotz dieser Einschränkungen stützt sich die Europäische Union auf eben dieses Schutzsystem, um die Türkei als „sicheren Drittstaat“ zu klassifizieren.

In der Praxis ermöglichen die geschaffenen politischen und institutionellen Rahmenbedingungen jedoch keinen sicheren und nachhaltigen Aufenthalt in der Türkei. Viele syrische Geflüchtete leben

über Jahre hinweg mit dem provisorischen Schutzstatus, ohne zu wissen, wann dieser endet und welche Perspektiven sich danach eröffnen (Biehl 2015; Şimşek 2017; Şahin-Mencütek et al. 2023; Şanlıer 2025). Diese Unsicherheit wird durch Mobilitätseinschränkungen verschärft:

„Die Situation in der Türkei verschlechterte sich hinsichtlich der Art und Weise, wie die Menschen uns behandelten, und durch neue Vorschriften. Wir durften ohne Reisegenehmigung nicht mehr zwischen den Provinzen reisen.“ (P18, Syrerin, 33 Jahre alt)

Solche Restriktionen erzeugen rechtliche und räumliche Prekarität, erschweren Bildungs-, Arbeits- und Familienzusammenführungsprozesse und verhindern dauerhafte Lebensplanung. Auch der im Folgenden zitierte befragte Syrer, der insgesamt 6 Jahre in der Türkei lebte, sah keine Möglichkeit sich langfristig ein stabiles Leben in der Türkei aufbauen zu können:

„Ich möchte mich stabilisieren, mich niederlassen, mein Leben aufbauen, arbeiten, studieren und die Sprache lernen – ich bin bereit zu lernen und zu arbeiten. Das war weder in der Türkei noch in Syrien möglich.“ (P23, Syrer, 29 Jahre alt)

Artikel 38(1)(c) der EU-Asylverfahrensrichtlinie fordert im Einklang mit Artikel 33(1) der Genfer Flüchtlingskonvention zudem, dass das Leben und die Freiheit von Antragstellenden im sicheren Drittstaat keiner Gefährdung aufgrund von Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder politischer Überzeugung ausgesetzt sind und keine ernsthafte Gefahr droht. Diese Bedingung ist in der Türkei kaum gewährleistet: Mehrere Teilnehmende berichteten von Diskriminierung, fremdenfeindlicher Gewalt und Misshandlungen durch türkische Sicherheitskräfte und Personen aus der türkischen Bevölkerung:

„Ich musste die Türkei 2021 [nach sechs Jahren] aufgrund von Diskriminierung und Rassismus verlassen, weil Türk:innen uns in unseren Wohnungen und am Arbeitsplatz angegriffen haben. Als ich jemanden bei der Arbeit kritisiert habe, wurde ich von Türk:innen angegriffen. Wir wurden auch auf der Straße schikaniert. Mir wurde oft gesagt, ich solle zurück nach Syrien gehen und kämpfen.“ (P13, Syrer, 25 Jahre alt)

„Die Türk:innen und die türkische Polizei mögen keine Syrer:innen. Sie schlagen Syrer:innen ständig und schieben sie ab.“ (P15, Syrer, 24 Jahre alt)

Die anti-syrische Stimmung in der türkischen Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren verschärft, angeheizt durch wirtschaftliche Not, politische Polarisierung und die Wahrnehmung, dass Syrer:innen eine zusätzliche Belastung für öffentliche Dienstleistungen und Beschäftigungsmöglichkeiten darstellen (Abrams und Birdal 2016; Rottmann und Kaya 2021). Diese zunehmende Feindseligkeit schränkte die Aussichten der Syrer:innen auf soziale Integration weiter ein und trug zu einem allgemeinen Gefühl der Unsicherheit und Ausgrenzung bei. Neben der Instabilität war daher auch der erfahrene Rassismus ein schwerwiegender Faktor für die Weiterwanderung, wie einige Befragte berichteten:

„Der Grund [warum wir die Türkei verlassen haben] ist, dass es weit verbreitete Feindseligkeit gegenüber Syrer:innen gibt – sie werden oft abgelehnt, betrogen und diskriminiert. Viele sind verschiedenen Formen von Übergriffen ausgesetzt, darunter verbale Angriffe, körperliche Gewalt und sogar Entführung.“ (P22, Syrer, 23 Jahre alt)

„Unser Aufenthalt in der Türkei war sehr schwierig, was uns letztendlich dazu zwang, das Land abrupt zu verlassen. Es gab einen Konflikt zwischen meinem Sohn und einer Gruppe in der Schule, die als „Janagel“ bekannt war. Diese Gruppe galt als sehr gefährlich und problematisch und zeigte wenig Respekt vor dem Gesetz oder der staatlichen Autorität.“ (P10, Syrerin, 49 Jahre alt)

Ein weiteres Kernanfordernis für die Einstufung als sicherer Drittstaat betrifft das Non-Refoulement-Prinzip, das die Rückführung in Gebiete verbietet, in denen Verfolgung, Folter oder andere unmenschliche oder erniedrigende Behandlung drohen (Art. 38(1)(e) APD). In der Praxis bleibt die Umsetzung dieses Grundsatzes in der Türkei jedoch höchst umstritten. Obwohl die türkische Regierung die Rückführungen als „freiwillige Rückkehr“ bezeichnet, dokumentieren Recherchen von Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch, dass türkische Sicherheitskräfte seit mindestens 2017 Tausende syrische Flüchtlinge festgenommen, inhaftiert und zwangsweise nach Syrien zurückgeführt haben. Berichten zufolge wurden Betroffene dabei häufig unter Druck gesetzt, „freiwillige“ Rückkehrerklärungen zu unterzeichnen, bevor sie insbesondere in Gebiete in Nordsyrien abgeschoben wurden (Amnesty International 2019; Human Rights Watch 2022).

Besonders betroffen sind „undokumentierte“ Syrer:innen ohne temporären Schutzstatus. In manchen Fällen vermeiden Syrer:innen die Registrierung, um sich freier zwischen verschiedenen Regionen und Städten der Türkei bewegen zu können, oder weil sie mit administrativen Hindernissen konfrontiert sind, darunter das Fehlen von Ausweisdokumenten wie Reisepässen oder Einreisegenehmigungen, die Aussetzung neuer Registrierungen durch die Regierung oder bürokratische Komplexitäten. Informationsdefizite, Sorge vor einer Abschiebung und verfahrenstechnische Herausforderungen können ebenfalls eine Rolle spielen (Imrie-Kuzu und Özerdem 2021; AIDA und ECRE 2025b).

Mehrere Befragte beschrieben eine ständige Angst vor Abschiebung und Familientrennung:

„Ich habe die Wohnung in der Türkei nie verlassen. Ich hatte keine Papiere und hatte ständig Angst, von der Polizei gefasst und abgeschoben zu werden. Das Leben ist voller Herausforderungen – in der Türkei und überall sonst. (...) Es gibt keine größere Herausforderung, als in ein Kriegsgebiet zurückgeschickt zu werden.“ (P20, Syrer, 24 Jahre alt)

„Der Rassismus in der Türkei war sehr stark. Viele Syrer:innen wurden nach Syrien abgeschoben, und Familien wurden getrennt. Ich wollte die Türkei so schnell wie möglich wieder verlassen.“ (P14, Syrer, 24 Jahre alt)

Wie syrische Interviewpartner:innen berichteten, erwies sich diese tiefgreifende Unsicherheit als zentraler Faktor für die Fortführung ihrer Migration:

„Wir hatten Angst, dass sie uns nach Syrien abschieben würden, also suchten wir ein sichereres Land.“ (P18, Syrerin, 33 Jahre alt)

„[Mein Mann und ich] sind gemeinsam in die Türkei geflohen und blieben dort etwa drei bis vier Monate, aber die Situation war extrem schwierig, vor allem, weil wir keine türkischen Dokumente hatten. Zu dieser Zeit wurden Menschen nach Syrien abgeschoben

... Deshalb beschloss er, das Land zu verlassen, und ich kehrte schließlich nach Syrien zurück.“ (P27, Syrerin, 22 Jahre alt)

Diese Aussagen verdeutlichen, dass die Türkei für viele syrische Geflüchtete kein Leben in Sicherheit und Stabilität gewährleisten kann. Die Weiterreise in europäische Aufnahmeländer, wo sie auf einen stabileren, internationalen Schutz und bessere Integrationschancen hoffen wird daher für viele zur notwendigen Konsequenz (Czaika und Reinprecht 2022; Özkan und Ergün's 2023) .

Zudem erschweren diese Erfahrungen, die teils starke psychische Belastungen für syrische Geflüchtete bedeuteten, die Integration in Österreich, wie diese Integrationsexpert:innen beschreiben:

„Wenn wir über die aktuelle Flüchtlingsbewegung [...] sprechen, handelt es sich sehr häufig um Menschen, die seit Jahren nicht mehr in ihrem Herkunftsland gelebt haben, sondern vielmehr in flüchtlingsähnlichen Situationen in der Türkei, im Libanon oder in anderen Nachbarländern, und dann zu uns kommen. Das kann natürlich Auswirkungen auf die psychische Gesundheit haben.“ (Expert:innen-Interview 9)

„So viele, die später gekommen sind, sind halt nicht nur von Syrien gekommen, die waren auch in anderen Ländern. Die haben auch so viel erlebt sozusagen. Wir haben auch so viele Geschichten gehört von Personen, die in anderen Ländern, in der Türkei oder in Ägypten oder irgendwo woanders waren und wie schwer das war für sie dort. Und all das spielt auch eine Rolle. Ich meine man erlebt so viel, man hat Trauma [...] und das ist auch ein Grund, dass es schwer ist oder man länger braucht, um Deutsch zu lernen.“ (Expert:innen-Interview 4)

## 3.2 Beschränkter Zugang zum Bildungssystem

Die Integration von Syrer:innen in das türkische Bildungssystem wurde durch eine Kombination aus nationalen Politiken und der Unterstützung durch die Europäische Union vorgesehen. Nach der Verabschiedung des Ausländer- und internationalen Schutzgesetzes im Jahr 2013 wurden verschiedene Maßnahmen geschaffen, um den Bildungszugang für syrische Kinder zu sichern. Dazu gehörte ab 2013 die Einrichtung von temporären Bildungszentren, in denen syrische Lehrkräfte auf Basis eines modifizierten syrischen Lehrplans Unterricht in arabischer Sprache anbieten konnten (Alpaydın 2017). Im Jahr 2016 kündigte das türkische Bildungsministerium jedoch an, die temporären Bildungszentren innerhalb von drei Jahren schrittweise auslaufen zu lassen, mit dem Ziel, syrische Schüler:innen in türkische öffentliche Schulen zu integrieren (Gümüş et al. 2020). Bis 2024 führte diese Politik dazu, dass 78 Prozent der (dokumentierten) syrischen Kinder im Alter von sechs bis siebzehn Jahren im formalen Bildungssystem eingeschult waren (Europäische Kommission 2024).

Die Europäische Union war eine zentrale Partnerin bei der Unterstützung dieses Integrationsprozesses. Über die Facility for Refugees in Turkey (FRiT) stellte die EU Gelder bereit, um den Bildungszugang von Geflüchteten zu stärken, unter anderem für den Bau neuer Schulen, die Finanzierung von Türkischkursen, Lehrer:innenfortbildungen und Transporthilfen für besonders schutzbedürftige Kinder. Im Rahmen der FRiT erhielt das Bildungsministerium den Auftrag, 129 neue Schulen zu errichten; bis Anfang 2022 waren 89 davon fertiggestellt (Europäische Kommission 2022). Nach den Erdbeben von 2023 und den anschließenden wirtschaftlichen Herausforderungen haben EU-finanzierte Programme wie „Education for All I–III“ und „Education Infrastructure for Resilience“ den Bildungszugang weiter ausgebaut und bis 2024 zusätzlich 57 erdbebensichere Schulgebäude fertiggestellt. Ergänzende Programme, die von UNICEF und der GIZ in Kooperation mit der Türkei und EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werden, konzentrierten sich zudem auf frühkindliche Bildung sowie auf die Verbesserung der Inklusion von geflüchteten und anderen vulnerablen Kindern (UNICEF 2021; GIZ o. D.).

Mit Blick auf den tertiären Bildungsbereich ist es syrischen Studierenden seit 2013 möglich, sich entweder über die Aufnahmeprüfung für ausländische Studierende oder über spezielle Kontingente und Stipendienprogramme an türkischen Universitäten einzuschreiben. Das „Turkey Scholarships for Syrian Students“-Programm, verwaltet von der Präsidentschaft für im Ausland lebende Türken und verwandte Gemeinschaften (YTB), sowie das EU-finanzierte Programm HOPES („Higher and Further Education Opportunities and Perspectives for Syrians“) stellten Tausende von Stipendien und sprachliche Vorbereitungskurse bereit. Laut Angaben der türkischen Regierung waren im akademischen Jahr 2023/24 insgesamt 60.750 Syrer:innen an Hochschulen eingeschrieben (AIDA und ECRE 2025a; türkische Regierungsstatistik).

Trotz dieser erheblichen Bemühungen zeigt die Realität anhaltende Ungleichheiten, wie auch unsere Interviewpartner:innen verdeutlichten. Rechtliche und praktische Hürden beim Bildungszugang auf allen Ebenen führten dazu, dass im Jahr 2024 etwa 400.000 syrische Kinder keinen Zugang zu Schulbildung hatten (UNICEF 2024), wie diese interviewte syrische Mutter berichtete. Sie lebte insgesamt 1,5 Jahre in der Türkei:

„Wir sind in die Türkei gegangen, und mein Mann ist direkt nach Europa weiter. Meine Kinder hatten [in der Türkei] keine Zukunft mehr. Es gab keine Möglichkeit in die Schule

zu gehen. Wir hatten keine Dokumente – nichts Offizielles, das ihnen das Lernen erlaubt hätte.“ (P26, Syrerin, 39 Jahre alt).

Tatsächlich blieb die Einschreibung in Schulen und Hochschulen an den Nachweis rechtlicher Dokumente geknüpft. Kinder und Jugendliche ohne temporären Schutzstatus können als „Gastschüler:innen“ registriert werden. Dies ermöglicht zwar die Teilnahme am Unterricht, nicht aber den Erhalt von Zertifikaten oder Diplomen, sofern später keine formale Registrierung erfolgt (AIDA und ECRE 2025a). Wie Menschenrechtsorganisationen berichten, verweigern manche öffentliche Schulen jedoch die Einschreibung von nicht-registrierten Schüler:innen. Private Bildungseinrichtungen sind für die meisten geflüchteten Familien nicht leistbar (Human Rights Watch 2015; Hauber-Özer 2019; GIZ 2024).

Insbesondere auf Sekundar- und höherer Sekundarstufe nimmt die Bildungsbeteiligung ab. Laut Daten aus dem Jahr 2023 besuchen etwa 66,3% der syrischen Kinder die Volks- bzw. Mittelschule. Nur 29,8% verbleiben in der Oberstufe oder setzen ihre Bildung im Hochschulbereich fort (Heinrich Böll Stiftung 2023).

Der Bildungsabbruch steht in engem Zusammenhang mit der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage, von der auch türkische, aber insbesondere syrische Geflüchtetenhaushalte betroffen sind. Wie eine Interviewpartnerin, die zwischen ihrem 15. und 21. Lebensjahr in der Türkei lebte, erklärte:

„In der Türkei habe ich nur gearbeitet, weil Studieren unmöglich war – man muss sich dort selbst finanzieren.“ (P13, Syrerin, 25 Jahre alt).

Dies wurde von einem österreichischen Integrationsexperten, der mit Geflüchteten arbeitet, bestätigt, der die Situation vieler neu nach Österreich eingereister junger Syrer:innen folgendermaßen zusammenfasste:

„Sie sagen mir: ‘Wir haben zehn Jahre in einem Zelt gelebt, ich bin mit 15 geflohen und habe nur gearbeitet, habe jede Arbeit angenommen, die ich in der Türkei finden konnte.’ Die meisten von ihnen waren in der Türkei und haben dort keine Bildungsinstitutionen besucht. Und davor konnten sie wegen des Krieges auch nicht zur Schule gehen. Das ist leider das Hauptproblem.“ (Expert:innen-Interview 6).

Die wirtschaftliche Not und der strukturelle Ausschluss, den syrische Familien erfahren, verschärft durch Inflation und eingeschränkten Zugang zu formeller Beschäftigung, zwangen viele Kinder und Jugendliche dazu, frühzeitig in den Arbeitsmarkt einzutreten, um zum Familieneinkommen beizutragen (Kaya 2016; Dayıoğlu 2023). Dieser Druck war insbesondere in Städten und erdbebengefährdeten Gebieten groß, in denen die Lebenshaltungskosten stark anstiegen (UNICEF 2024). Zudem überlagerten sich dieselben ökonomischen Zwänge mit sozialer Prekarität und trugen zu steigenden Raten früher Eheschließungen bei, insbesondere unter Mädchen (AIDA und ECRE 2025a). Insgesamt führten die Bedingungen in der Türkei zu einem Kreislauf aus Vernachlässigung sowie sozialen und psychischen Belastungen, die das Lernen und den Erwerb formaler Bildung zusätzlich erschweren, wie eine Expertin berichtet:

„Was auffällig war oder ist [...] ist, dass die Kinder und Frauen, die [in Österreich] ankommen, so lange in Flüchtlingslagern waren und dass, wie soll ich sagen, der Grad

der Verwahrlosung zunimmt. Verwahrlosung im Sinne von Überforderung. [...] Aber meiner Meinung nach kommen die Menschen in einem immer schlechteren psychischen Zustand an. Und das liegt auch an der Überforderung mit vielen Kindern. Und diesem langen Leben in den Camps, das sehr rudimentär ist, [...] kein Strom, kein fließendes Wasser, keine Bildungsmöglichkeiten für die Kinder.“ (Expert:innen-Interview 12)

Selbst dort, wo Bildungsangebote und Schulzugang vorhanden waren, führten soziale Ausgrenzung und Diskriminierung zu faktischen Barrieren für syrische Kinder. Diskriminierung und Mobbing in Schulen wurden vielfach dokumentiert, entmutigten den Schulbesuch und beeinträchtigten Bildungserfolge. Wie bereits beschrieben, berichtete eine Interviewpartnerin, dass ihr Sohn in der Schule von einer gewaltbereiten Gruppe bedroht wurde, was die Familie letztlich zur Ausreise aus der Türkei zwang (P10, Syrerin, 49 Jahre alt). Eine weitere ehemalige Schülerin gab an:

„Es gab viel Mobbing von türkischen Mitschüler:innen und manchmal auch von Lehrer:innen, weil wir Syrer:innen und Ausländer:innen waren.“ (P17, Syrerin, 20 Jahre alt)

Insgesamt machten diese Erfahrungen eine kontinuierliche, qualitativ hochwertige Bildung weitgehend unmöglich. Diese Erfahrungen zeigen sich darin, dass ein deutlich höherer Anteil der rezent in Österreich angekommen Syrer:innen über keine formale Schulbildung oder lediglich Grundschulbildung (ISCED 1) im Vergleich zur Kohorte von 2015–2016 (38 % gegenüber 16 %, siehe Tabelle 1) verfügen (Kohlenberger et al. 2025).

*Tabelle 1* Bildung syrischer AMS-Klient:innen 18 Monate nach der Erstanmeldung beim AMS nach Ankunftscohorte (Kohlenberger et al. 2025)

Höchster Schulabschluss laut eigener Angabe	2015–16	07/2022 08/2024	–Gesamt
<b>Absolute Zahl</b>	14.863	8.703	54.391
<b>ISCED 0–1:</b> Kindergarten/Volksschule (kein Abschluss oder Grundschulabschluss)	16 %	38 %	29 %
<b>ISCED 2:</b> Hauptschulabschluss, Polytechnische Schule	44 %	39 %	42 %
<b>ISCED 3:</b> Matura (AHS), Lehre mit Abschluss, BHS-Matura	24 %	18 %	19 %
<b>ISCED 4:</b> Berufsbildende oberen Stufen (z. B. Fachschulen ohne Matura-Äquivalent)	1 %	0 %	1 %
<b>ISCED 5–6:</b> Fachhochschulabschluss (5) bis Bachelor-Niveau (6)	11 %	4 %	7 %

<b>Unbekannt</b>	3 %	1 %	3 %
------------------	-----	-----	-----

Dies führt zu einer deutlich geringeren Alphabetisierung in der Erstsprache (Arabisch) und zu niedrigeren Deutschkenntnissen. Drei von zehn neu angekommenen Syrer:innen verfügten eineinhalb Jahre nach ihrer ersten AMS-Registrierung über keinerlei Deutschkenntnisse, während rund die Hälfte lediglich über elementare Sprachkenntnisse verfügte (A1: 21 %, A2: 23 %, A: 10 %<sup>5</sup>). Die Kohorte 2017–Mitte 2022 wies im Vergleich im selben Zeitraum höhere Sprachkompetenzen auf, mit weniger Personen ohne Deutschkenntnisse (20 %) und einem größeren Anteil auf A2- (16 %) oder B-Niveau (16 %)<sup>6</sup> (Kohlenberger et al. 2025).

### 3.3 Prekäre Arbeitsmarktbedingungen

Neben dem beschränkten Zugang zum Bildungssystem sahen sich syrische Geflüchtete in der Türkei häufig prekären Arbeitsmarktbedingungen ausgesetzt, die ihre Instabilität weiter verstärkten, trotz nationaler Maßnahmen und EU-gestützter Initiativen, die die Integration in den türkischen Arbeitsmarkt stärken sollten. Dazu gehörte das „Ausländer- und internationales Schutzgesetz“ aus 2013, das syrischen Staatsangehörigen unter temporärem Schutz formalen Zugang zum Arbeitsmarkt gewährte. Die Umsetzung blieb jedoch begrenzt, bis die Türkei im Januar 2016 eine Verordnung einführte, die es registrierten Syrer:innen ermöglichte, Arbeitserlaubnisse zu beantragen. Voraussetzungen umfassten den Besitz einer temporären Schutz-ID seit mindestens sechs Monaten, eine Obergrenze von 10% syrischer Beschäftigter pro Unternehmen im Verhältnis zu türkischem Personal sowie eine geografische Bindung an die Registrierungsprovinz; Arbeitserlaubnisse galten ein Jahr und konnten verlängert werden. Zudem bedeutet die formelle Beschäftigung eines Familienmitglieds, dass der Haushalt sein Anrecht auf die EU-finanzierte ESN-Bargeldhilfe<sup>7</sup> verliert (Demirci und Kirdar 2023).

Parallel dazu unterstützt die EU die sozioökonomische Integration syrischer Geflüchteter durch die Facility for Refugees in Turkey (FRIT) mit Milliardeninvestitionen in Qualifizierung, Türkischkurse, Gründungsprogramme und Jobvermittlung (European Court of Auditors 2024). Konkreter wurden Projekte wie „Living and Working Together“ etabliert, die Kompetenzentwicklung und Kooperation mit Arbeitgeber:innen stärken sollen (Global Compact on Refugees o. D.). Bis 2024 wurden ca. 109.370 Arbeitserlaubnisse an Syrer:innen unter temporärem Schutz vergeben (UNHCR o. D.).

Trotz genannter Maßnahmen dominiert unter Syrer:innen in der Türkei vor allem die informelle Beschäftigung: Schätzungen zufolge arbeiteten 2020 eine Million Syrer:innen schwarz. Dieser Zustand verdeutlicht die Folgen der zuvor dargelegten Barrieren, darunter Quoten, geografische Beschränkungen, der Verlust der ESN-Bargeldhilfe sowie die Zurückhaltung der Arbeitgeber:innen und Sprach- sowie Qualifikationsdefizite.

Die ausgeübten informellen Jobs bergen dabei oftmals sehr prekäre Bedingungen, wie ein syrischer Interviewpartner, der zwischen 2015-2021 in der Türkei lebte schildert:

„In der Türkei habe ich nur gearbeitet, weil Studieren unmöglich war – man musste sich selbst finanzieren. Die Arbeitszeiten waren extrem hart. [...] Ich hatte keine Versicherung, bei zwei Minuten Verspätung drohte mir die Kündigung. Überstunden durfte ich nicht ablehnen; Türk:innen war dies erlaubt uns Syrer:innen aber nicht.“ (P13, Syrer, 25 Jahre alt)

Während eine Minderheit der befragten syrischen Geflüchteten qualifizierte Jobs ausüben konnte, beschrieben die meisten Interviewten stark fragmentierte Beschäftigungsbiografien mit temporären und niedrigqualifizierten Jobs. Eine syrische Frau, die in Syrien Medizin studiert hatte, konnte ihre Qualifikation anerkennen lassen und arbeitete in der Türkei 8,5 Jahre lang als Kinderärztin (P16). Im Gegensatz dazu nahmen die meisten Tätigkeiten im manuellen oder Dienstleistungssektor auf – wie Taxifahren, Fabrikarbeit oder Schneidern –, oft unabhängig von ihrer Vorerfahrung. Ein Experte fasste dies wie folgt zusammen:

„Sie sagen mir: 'Wir haben zehn Jahre in einem Zelt gelebt, ich bin mit 15 geflohen und habe nur gearbeitet, habe jede Arbeit angenommen, die ich in der Türkei finden konnte.'“  
(Expert:innen-Interview 6)

Ein syrischer Befragter beschrieb dies wie folgt:

„In der Türkei habe ich ca. sieben Jahre in der Möbelproduktion gearbeitet – Schlafzimmer- und Küchenmöbel. Das war neu für mich, denn in Syrien arbeitete ich in der Goldschmiedewerkstatt meines Onkels.“ (P13, Syrer, 25 Jahre alt)

Andere nahmen Teilzeit- oder Ehrenamtstätigkeiten ohne formelle Anerkennung wahr (P10). Ebenso berichtete ein junger Befragter:

„[In der Türkei] bin ich zur Schule gegangen – 10. und 11. Klasse – und habe gleichzeitig an verschiedenen Orten gearbeitet, wie Baustellen und Reinigungsfirmen.“ (P12, Syrer, 20 Jahre alt)

Solche Erfahrungen zeigen, dass rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen zwar darauf abzielen, die sozioökonomische Integration zu fördern, die Realität des „protracted displacements“ in der Türkei Syrer:innen jedoch häufig in einen Kreislauf informeller, schlecht bezahlter und unterbrochener Erwerbstätigkeit zwingt. Unsere Ergebnisse zeigen daher, dass sich einige syrische Geflüchtete in der Türkei in einem Kontext der „hyper precarity“ (Şanlıers 2025) bewegen, in dem rechtlicher Zugang zwar formal besteht, dieser jedoch durch sozioökonomische und regulatorische Hürden untergraben wird.

Die vorherrschenden wirtschaftlichen Zwänge bewirken, dass vor allem finanziell besser gestellte Syrer:innen mit höherem Bildungsgrad in der Lage sind, in der Türkei zu bleiben (Şimşek 2020). Dies scheint dazu beizutragen, dass vor allem Personen, die ab 2021 und danach die EU erreichen, häufig aus sozioökonomisch benachteiligten Gruppen stammten und über niedrigere Bildungsabschlüsse verfügten (Kohlenberger et al. 2025). Höher gebildete Syrer:innen mit mehr finanziellen Ressourcen fanden sich dagegen häufig in der ersten Kohorte von Geflüchteten (2015-16), die nach Europa kamen. Befragte Expert:innen führten dies auf eingeschränkte Lernmöglichkeiten, mangelnder regelmäßiger Erwerbserfahrung sowie auf psychologische Faktoren zurück. Zusammengefasst verschärfen diese Aspekte die Integrationsherausforderungen in stark formalisierten europäischen Arbeitsmärkten:

„Die erste Welle ist auffallend höher gebildet. Und das ist aber auch verständlich. Also es war auch sehr, sehr bezeichnend, wie zwei Jugendliche hier gesessen sind bei mir. Einer war der Dolmetscher und der andere war der frisch Geflüchtete, [...] der eigentlich nicht ganz frisch geflüchtet ist. Der hat den Krieg mehrere Jahre entweder in seinem Heimatland erlebt oder irgendwo dazwischen in der Türkei oder auf dem Weg und hat mit vielen Dingen kämpfen müssen. Der Krieg hatte für alle gleich angefangen, viele konnten aber damals schon flüchten, waren schon sehr, sehr belastet, aber vielleicht weniger belastet als die Menschen, die jetzt dort entkommen, weil sie tatsächlich JAHRELANG diese psychische Belastung hinter sich haben und auch keine Möglichkeit des Schulbesuches oder irgendeine geregelte Arbeit und irgendwas, was wirklich dann junge Menschen in ihrem Alter machen würden. Und das merkt man sehr, sehr stark, dass da einfach nur ein Gap ist.“ (Expert:innen-Interview 2)

„Und, wenn man es so ausdrücken will, gibt es [für die aktuelle Flüchtlingsbewegung] auch nicht dasselbe Maß an Eignung für den Arbeitsmarkt, wie es der Fall wäre, wenn jemand mit einem Arbeitsvisum nach Österreich käme, direkt aus einer konkreten Beschäftigung, zum Beispiel aus einem Drittstaat.“ (Expert:innen-Interview 9)

Trotz der beschriebenen geringeren Bildungsabschlüsse, die den Deutscherwerb erschweren können, und der teils prekären und fragmentierten Arbeitserfahrungen in der Türkei erzielten neu angekommene Syrer:innen in Österreich höhere Erwerbsquoten als frühere Gruppen (Kohlenberger et al. 2025). Dieses scheinbare Paradoxon lässt sich durch die nichtlineare Beziehung zwischen Sprachkenntnissen und Beschäftigung erklären: Zwar verzeichneten Personen mit Deutschkenntnissen auf C-Niveau signifikant mehr Beschäftigungstage als jene mit A- oder B-Niveau, doch Männer ohne Deutschkenntnisse machten eine ähnliche Zahl an Beschäftigungstagen wie jene auf C-Niveau aus. Dies deutet darauf hin, dass viele neu Angekommene den unmittelbaren Einstieg in den Arbeitsmarkt einer intensiven Sprach- und Qualifikationsförderung vorzogen. Insgesamt ergibt sich dadurch eine relativ hohe Zahl an Beschäftigungstagen; diese entfallen jedoch überwiegend auf niedrig- oder semiqualfizierte Tätigkeiten, die selten zu einer nachhaltigen Integration in den Arbeitsmarkt beitragen. Österreichische Unternehmen profitierten erheblich von dieser Situation, während syrische Geflüchtete häufig in prekären oder ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind (Kohlenberger et al. 2025).

## 4 Empfehlungen für das Aufnahmeland Österreich

Der Türkei gelingt es nicht, syrischen Geflüchteten dauerhaften Schutz und eine stabile Lebensgrundlage zu gewährleisten (Şimşek 2017; Çelik und White 2021; Refugee Support Aegean 2024). Vielmehr leben viele Syrer:innen in dem EU-Partnerstaat über Monate oder sogar Jahre hinweg in einem prekären, „permanently temporary“ (Fábos und Brun 2022) Zustand, der sie letztlich zur Weiterreise in Aufnahmestaaten wie Österreich bewegt. Zudem führen diese Lebensumstände dazu, dass diese Gruppe überproportional häufig über keine oder geringe formale Schulbildung verfügt, unterbrochene Erwerbsbiographien aufweist und vermehrt psychischen Belastungen ausgesetzt ist (Kohlenberger et al. 2025). Statt die Externalisierung des Migrationsmanagements in der Türkei zu finanzieren, sollte der Fokus auf erhöhten Investitionen in die Integration syrischer Geflüchteter in Österreich liegen:

### Erhöhter Bedarf an psychosozialer Unterstützung

- Die meist durch den Bürgerkrieg ohnehin bereits beeinträchtigte psychische Gesundheit syrischer Geflüchteter wurde durch Erfahrungen in der Türkei, wie körperliche Gewalt und soziale Ausgrenzung gepaart mit der ständigen Angst vor Abschiebung zusätzlich stark belastet. Laut Expert:innen hat dies zur Folge, dass in der jüngsten Kohorte vermehrt Angststörungen, Depressionen und posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) auftreten (Kohlenberger et al. 2025).
- Der bisherige Fokus auf reine klassische Integrationsförderung, etwa durch Sprachkurse, Arbeitsmarktintegration und Bildungsmaßnahmen, erweist sich daher als unzureichend. Diese Maßnahmen sollten mit psychosozialen und dabei insbesondere traumapädagogischen Angeboten gekoppelt werden.
- Eine enge Abstimmung verschiedener Institutionen wie dem AMS oder dem ÖIF mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen ist dabei essenziell, um eine ganzheitliche Unterstützung von Geflüchteten zu gewährleisten. Die Stärkung der psychischen Gesundheit ist ein essenzieller Faktor für die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und für den nachhaltigen Eintritt in den Arbeitsmarkt.

### Maßnahmen für Bildung und Spracherwerb

- Der beschränkte Zugang für Syrer:innen zum türkischen Bildungssystem hat Folgen für das Aufnahmeland Österreich: In der jüngsten Kohorte syrischer AMS-Klient:innen hat ein deutlich höherer Anteil keine Schulbildung oder nur ISCED 1 im Vergleich zur Kohorte von 2015–2016 (38 % vs. 16 %). Viele sind nicht in ihrer Erstsprache alphabetisiert. Dies hat zur Folge, dass die aktuelle Kohorte im Vergleich wesentlich mehr Zeit für den Spracherwerb benötigt: Drei von zehn AMS-Klient:innen der rezenten Kohorte verfügten eineinhalb Jahre nach ihrer AMS-Erstmeldung über keine

Deutschkenntnisse, rund die Hälfte hatte elementare Kenntnisse (Kohlenberger et. al 2025). Daraus ergeben sich mehrere Implikationen für die Ausgestaltung von Sprachkursangeboten in Österreich.

- Ein zentraler Handlungsbedarf liegt in der stärkeren Differenzierung der Deutschkursangebote, um den unterschiedlichen, teils sehr niedrigen Bildungsniveaus und Lernvoraussetzungen der Teilnehmenden gerecht zu werden. Stark heterogene Gruppenzusammensetzungen können die Lernprozesse erheblich erschweren und zu Frustration, sowohl auf Seiten der Lehrenden als auch der Lernenden, führen (Kohlenberger et al. 2025).
- Zusätzlich sollte das Kurswesen durch vorbereitende Grundmodule ergänzt werden, die den Zugang zu formellen Lernumgebungen erleichtern, um ganz grundsätzlich „Lernen zu lernen“. Solche Lernbasiskurse können Geflüchteten helfen, die in der Türkei oder Syrien über längere Zeit keinen Zugang zu Bildung hatten, sich mit dem strukturierten, bürokratisch geprägten Ausbildungssystem in Österreich vertraut zu machen und damit langfristig bessere Lernerfolge zu erzielen.
- Weiterer Handlungsbedarf, der nicht ausschließlich für die rezente Kohorte gültig ist, betrifft die Reduktion der oftmals langen Wartezeiten zwischen aufeinanderfolgenden Deutschkursmodulen sowie die Verbesserung der Erreichbarkeit von Kursen, insbesondere für Geflüchtete in ländlichen Regionen.
- Zudem stellt nach wie vor die lange erzwungene Untätigkeit während des Asylprozesses ein großes Problem dar. Sie wirkt sich nachteilig auf die Motivation Geflüchteter aus und lässt wertvolles Potenzial ungenutzt, was sich nicht zuletzt im langsameren Deutscherwerb niederschlägt (Marbach et al. 2018).
- Trotz bestehender Umsetzungslücken stellt das modular aufgebaute, integrative Bildungsangebot des „Jugendcollege Wien“ ein gutes Angebot für die nachhaltige Unterstützung junger Geflüchteter dar (Kohlenberger et al., 2025). Es verknüpft kontinuierlichen Spracherwerb, schulische Basisbildung, praxisorientierte Phasen und sozialpädagogische Begleitung. Solche Programme sollten daher weiter ausgebaut und flächendeckend angeboten werden, um Jugendlichen stabile Lernstrukturen, individuelle Förderung sowie eine solide Basis für Schulabschluss und erfolgreiche Arbeitsmarktintegration zu gewährleisten.

## **Maßnahmen für die Arbeitsmarktintegration<sup>8</sup>**

- Sprachförderung sollte gezielt mit der Arbeitsintegration verknüpft werden. Existierende Programme, die Sprachkurse, Praktika, individuelles Mentoring und Karrierecoaching und Vernetzung mit regionalen Unternehmen verknüpfen, sowie verschränkte Angebote des Deutschlernens am Arbeitsplatz, erweisen sich als besonders wirksam und sollten daher ausgeweitet werden.
- Das Engagement von Unternehmen sollte zudem hinsichtlich praxisorientierter Formate wie Jobmessen, Praktika und Arbeitserprobungen ausgebaut werden. Solche Angebote, idealerweise mit finanzieller Unterstützung durch das AMS, erleichtern Geflüchteten den

Einstieg in den Arbeitsmarkt und ermöglichen eine realistische Einschätzung ihrer Fähigkeiten, auch wenn formale Zeugnisse fehlen.

- Insgesamt besteht ein Bedarf an individuellem Case Management, das die Erfassung sowohl formaler als auch informeller Kompetenzen der Geflüchteten beinhalten sollte.
- Um Geflüchteten den Zugang zu beruflicher Qualifikation zu erleichtern, sind Initiativen wie Jobs PLUS Ausbildung des AMS in Zusammenarbeit mit dem Wiener Arbeitnehmer:innen Förderungsfonds, waff, die Ausbildungen auf dem zweiten Bildungsweg mit verkürzter Lehrzeit ermöglichen, sehr hilfreich und sollten daher in größerem Umfang angeboten werden.

## 5 Fazit und Ausblick

Zusammenfassend zeigt diese Policy Analyse, dass syrische Migrant:innen in der Türkei oftmals monate- oder sogar jahrelang in einem kontinuierlichen Zustand der Unsicherheit leben. Ein Zustand, der aus einem Konglomerat aus provisorischem Rechtsstatus, erzwungenen Abschiebungen, Familientrennungen, Mobilitäts-, und Arbeitsmarktbeschränkungen, Diskriminierungserfahrungen – sowohl institutionell als auch vonseiten der lokalen Bevölkerung – , ungenügendem Zugang zum Bildungssystem sowie aus Unklarheiten über die Dauerhaftigkeit ihres Schutzes resultiert (Biehl 2015; Şahin-Mencütek et al. 2023; Şanlıer 2025; Kohlenberger et al. 2026). Diese Erfahrungen tragen maßgeblich zur Entscheidung für eine sekundäre Migration in EU-Länder wie Österreich bei.

Die Externalisierung des europäischen Migrationsmanagements in die Türkei ist daher nicht nur mit erheblichen menschenrechtlichen Bedenken verbunden, sondern erweist sich auch migrationspolitisch als nur bedingt wirksam. Anstatt – wie im Rahmen der EU-Türkei-Erklärung intendiert – die Weiterreise Schutzsuchender in EU-Mitgliedstaaten wie Österreich zu verhindern, führt sie lediglich zu einer zeitlichen Verzögerung ihrer Ankunft. In der Folge entstehen nicht niedrigere, sondern tendenziell höhere Integrationskosten, da die langandauernde Phase des „protracted displacement“ in der Türkei gravierende Folgen für die psychische Gesundheit und die Bildungs- und Erwerbsbiografien syrischer Geflüchteter hat und dadurch Integrationsprozesse in EU-Aufnahmestaaten strukturell erschwert.

Trotz empirischer Befunde und des Urteils des griechischen Staatsrates von 2025, das die Einstufung der Türkei als „sicheren Drittstaat“ aufhob und damit die rechtliche Grundlage für die Rückführung syrischer Geflüchteter entzog, hält die Europäische Union weiterhin an der Türkei als zentralem Partner ihrer Migrationspolitik fest. Ein „Partner“, der seit der Unterzeichnung der EUTürkei-Erklärung einen zunehmend autokratischen Kurs verfolgt und nicht zögert, Migrant:innen als Verhandlungsinstrument oder Druckmittel gegenüber der EU einzusetzen (Adamson und Tsourapas 2019; Tsourapas 2025). Auch im neuen Asyl- und Migrationspakt bleiben sogenannte „mutually beneficial partnerships“ ein leitendes Prinzip, während menschenrechtliche Verpflichtungen gegenüber Migrant:innen und Geflüchteten nur am Rande thematisiert werden (İneli-Ciger und Ulusoy 2020). Diese Politik manifestiert sich zudem in der fortgesetzten Finanzierung der FRiT-Programme – Mittel, die aus einer menschenrechtlich wie integrationspolitisch nachhaltigen Perspektive weitaus wirksamer in den Ausbau von Aufnahme und Integrationsstrukturen innerhalb der EU investiert wären, anstatt Geflüchtete damit in Drittstaaten zu „parken“.

## 6 Appendix

Tabelle 2 Übersicht Fokusgruppengespräche (FGD) und Einzelinterviews mit syrischen Teilnehmer:innen

Übersicht syrische Teilnehmende	Datum	FGD / Interview	Alter	Ge- schlecht	Ankunft in Österreich	Aufenthaltsdauer in der Türkei
<b>P1</b>	02.06.2024	FGD	30	m	2021	7 Monate
<b>P2</b>	02.06.2024	FGD	35	m	2023	9 Jahre (2013–2022)
<b>P3</b>	02.06.2024	FGD	36	m	2021	k. A.
<b>P4</b>	02.06.2024	FGD	37	m	2022	k. A.
<b>P5</b>	02.06.2024	FGD	44	m	2022	1,5 Jahre
<b>P6</b>	02.06.2024	FGD	22	m	2021	k. A.
<b>P7</b>	02.06.2024	FGD	27	m	2022	1 Jahr
<b>P8</b>	02.06.2024	FGD	28	m	2022	8 Jahre (2014–2022)
<b>P9</b>	02.06.2024	FGD	35	m	2021	k. A.
<b>P10</b>	22.06.2024 / 18.08.2024	FGD / Interview	49	w	2022	6 Jahre (2015–2021)
<b>P11</b>	22.06.2024	FGD	26	w	2024	k. A.
<b>P12</b>	30.07.2024	Interview	20	m	2022	2,5 Jahre (2020–2022)
<b>P13</b>	02.08.2024	Interview	25	m	2021	6 Jahre (2015–2021)
<b>P14</b>	06.08.2024	Interview	24	m	2022	4 Monate
<b>P15</b>	06.08.2024	Interview	24	m	2023	6 Jahre (2017–2023)
<b>P16*</b>	15.08.2024	Interview	–	w	–	8,5 Jahre
<b>P17</b>	18.08.2024	Interview	20	w	2022	6 Jahre*

<b>P18</b>	18.08.2024	Interview	33	w	2021	6 Jahre
<b>P19*</b>	19.08.2024	Interview	27	w	2022	6 Monate
<b>P20</b>	04.09.2024	Interview	24	m	2022	6 Monate*
<b>P21</b>	04.09.2024	Interview	25	m	2021	2 Monate*
<b>P22</b>	11.09.2024	Interview	23	m	2022	6 Jahre*
<b>P23</b>	11.09.2024	Interview	29	m	2023	6 Jahre (2017–2023)
<b>P24*</b>	05.12.2024	Interview	32	w	2023	1 Jahr
<b>P25*</b>	05.12.2024	Interview	27	w	2023	2 Jahre
<b>P26</b>	21.12.2024	Interview	39	w	2023	1,5 Jahre
<b>P27*</b>	08.01.2025	Interview	22	w	2024	3 Monate
<b>P28</b>	03.02.2025	FGD	27	w	2022	k. A.
<b>P29</b>	03.02.2025	FGD	30	w	2022	k. A.

\* Antworten aus persönlichen Interviews entnommen.

Tabelle 3 Übersicht Expert:innen-Interviews

<b>Übersicht teilnehmende Expert:innen</b>	<b>Datum</b>	<b>Ort</b>	<b>Organisation</b>	<b>Geschlecht</b>	<b>Direkter Kontakt zu Geflüchteten</b>	<b>Persönliche Fluchterfahrung</b>
<b>Exp.-Int. 1</b>	19.03.2024	Wien	Österreichischer Arbeitsmarktservice (AMS)	w	nein	
<b>Exp.-Int. 2</b>	17.04.2024	Wien	Anonym	w	ja	
<b>Exp.-Int. 3</b>	12.04.2024	Wien	Anonym	w+m	ja	ja (m)
<b>Exp.-Int. 4</b>	19.03.2024	Wien	Step2Austria, FAB	m	ja	ja

<b>Exp.-Int. 5</b>	19.03.2024	Wien	Anonym	m	ja	
<b>Exp.-Int. 6</b>	20.03.2024	Wien	Anonym	m	ja	ja
<b>Exp.-Int. 7</b>	20.03.2024	Wien	Anonym	w	ja	
<b>Exp.-Int. 8</b>	26.03.2024	Wien	ABZ*Austria	w	ja	
<b>Exp.-Int. 9</b>	18.03.2024	Wien	Asylkoordinatio n	m	nein	
<b>Exp.-Int. 10</b>	12.04.2024	Wien	AMS	w	ja	
<b>Exp.-Int. 11</b>	08.03.202 4	Wien	Caritas	m	ja	
<b>Exp.-Int. 12</b>	29.03.2024	Wien	Anonym	w	nein	
<b>Exp.-Int. 13</b>	20.03.2024	Wien	AMS	m	ja	
<b>Exp.-Int. 14</b>	29.04.202 4	Wien	Diakonie	w	ja	ja
<b>Exp.-Int. 15</b>	19.04.2024	Wien	Anonym	w+w	ja	
<b>Exp.-Int. 16</b>	26.03.2024	Wien	Association TIW	m	ja	
<b>Exp.-Int. 17</b>	16.04.2024	Linz, Oberös -terreich	Diakonie	w	ja	
<b>Exp.-Int. 18</b>	22.04.2024	Linz, Oberös -terreich	Volkshilfe	m	ja	ja
<b>Exp.-Int. 19</b>	08.05.202 4	Linz, Oberös -terreich	Caritas	w	ja	
<b>Exp.-Int. 20</b>	19.04.2024	Graz, Steier mark	Anonym	w	ja	
<b>Exp.-Int. 21</b>	24.05.2024	Graz, Steier mark	Ikemba	m	ja	

## 7 Referenzen

Abrams, D., & Birdal, B. K.

(2016). *Suriyelilere yönelik algı ve tutumlar araştırması: Ön değerlendirme raporu*. University of Kent & Kemerburgaz University.

AIDA. (2015). *Asylum Information Database: Country report Turkey*. European Council on Refugees and Exiles. [https://asylumineurope.org/wp-content/uploads/2015/08/report-download\\_aida\\_turkey\\_final.pdf](https://asylumineurope.org/wp-content/uploads/2015/08/report-download_aida_turkey_final.pdf)

AIDA & European Council on Refugees and Exiles. (2025a). *Access to education—Türkiye*. [https://asylumineurope.org/reports/country/turkiye/content-temporary-protection/employment-and-education/access-education/#\\_ftn50](https://asylumineurope.org/reports/country/turkiye/content-temporary-protection/employment-and-education/access-education/#_ftn50)

AIDA, & European Council on Refugees and Exiles (ECRE). (2025b). *Overview of main changes since the previous report update—Türkiye*. <https://asylumineurope.org/reports/country/turkiye/overview-main-changes-previous-report-update/>

Adamson, F. B., & Tsourapas, G. (2019). Migration Diplomacy in World Politics. *International Studies Perspectives*, 20(2), 113–128. <https://doi.org/10.1093/isp/eky015>

Alpaydın, Y. (2017). An analysis of educational policies for school-aged Syrian refugees in Turkey. *Journal of Education and Training Studies*, 5, 36–44. <https://doi.org/10.11114/jets.v5i9.2476>

Amnesty International. (2019). Turkey: Sent to a war zone: Turkey's illegal deportations of Syrian refugees (Index No. EUR 44/1102/2019). Amnesty International. <https://www.amnesty.org/en/documents/eur44/1102/2019/en/>

Avelas, I., & Bosman, A. (2024). A rare win: Greek asylum practices before the CJEU. *Verfassungsblog*. <https://verfassungsblog.de/a-rare-win/>

Aydın, E. (2018). Avrupa Birliği mevzuatında güvenli üçüncü ülke kavramı ve Türkiye-AB geri kabul anlaşmasına yansımaları. *Public and Private International Law Bulletin*, 38, 11–40. <https://doi.org/10.26650/ppil.2018.38.1.0005>

Aygün, A., Kırdar, M. G., Koyuncu, M., & Stoeffler, Q. (2021). *Keeping refugee children in school and out of work: Evidence from the world's largest humanitarian cash transfer program* (IZA Discussion Paper No. 14513). Institute of Labor Economics. [https://www.jointdatacenter.org/wp-content/uploads/2022/01/ESSN\\_draft\\_2021\\_June\\_21\\_FDRC.pdf](https://www.jointdatacenter.org/wp-content/uploads/2022/01/ESSN_draft_2021_June_21_FDRC.pdf)

Biehl, K. S. (2015). Governing through uncertainty: Experiences of being a refugee in Turkey as a country for temporary asylum. *Social Analysis*, 59, 57–75. <https://doi.org/10.3167/sa.2015.590104>

Bundesministerium für Inneres (BMI). (2026). Vorläufige ASYL-STATISTIK. Jänner 2026. [https://www.bmi.gv.at/301/Statistiken/files/2026/Asylstatistik\\_Jaenner\\_2026.pdf](https://www.bmi.gv.at/301/Statistiken/files/2026/Asylstatistik_Jaenner_2026.pdf)

- Carp, R. (2018). How safe shall be a third country for asylum-seekers from a European perspective? The human rights implications of the EU-Turkey deal and the assessment of the ECHR/General Court. *Journal of Identity and Migration Studies*, 12, 50–59. <https://www.academia.edu/123810317>
- Çelik, Ç., & White, H. (2021). Forced migration and protection: Turkey's domestic responses to the Syrian refugees. *European Review*, 30(1), 1–21. <https://doi.org/10.1017/S1062798721000028>
- Crawley, H., Düvell, F., Jones, K., McMahon, S., & Sigona, N. (2017). *Unravelling Europe's "migration crisis": Journeys over land and sea*. Policy Press.
- Council of the European Union. (2016, March 18). *EU–Turkey statement* [Press release]. <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2016/03/18/eu-turkey-statement/>
- Czaika, M., & Reinprecht, C. (2020). Drivers of migration: A synthesis of knowledge. *International Migration Review*, 163, 1–45.
- Czaika, M., & Reinprecht, C. (2022). Migration drivers: Why do people migrate? In P. Scholten (Ed.), *Introduction to migration studies* (IMISCOE Research Series). Springer. [https://doi.org/10.1007/978-3-030-92377-8\\_3](https://doi.org/10.1007/978-3-030-92377-8_3)
- Dayıoğlu, M., Kırdar, M. G., & Koç, İ. (2023). The making of a “lost generation”: Child labor among Syrian refugees in Turkey. *International Migration Review*, 58, 1075–1113. <https://doi.org/10.1177/01979183231171551>
- Demirci, M., & Kırdar, M. G. (2023). The labor market integration of Syrian refugees in Turkey. *World Development*, 162, Article 106741. <https://doi.org/10.1016/j.worlddevel.2022.106741>
- Düvell, F., et al. (2021). Quo vadis, migration studies? The quest for a migratory epistemology. *Zeitschrift für Migrationsforschung*, 1(1), 215–241. <https://doi.org/10.48439/zmf.v1i1.106>
- Etzold, B., Belloni, M., King, R., Kraler, A., & Pastore, F. (2019). *Transnational figurations of displacement: Conceptualising protracted displacement and translocal connectivity through a process-oriented perspective* (TRAFIG Working Paper No. 1). BICC. <https://doi.org/10.5281/zenodo.5840817>
- European Commission. (n.d.). *EU support to refugees in Türkiye*. [https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/enlargement-policy/turkiye/eu-support-refugees-turkiye\\_en](https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/enlargement-policy/turkiye/eu-support-refugees-turkiye_en)
- European Commission. (2022). *EU Facility for Refugees in Turkey: Factsheet*. Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations. [Für exakte URL siehe Kontext; z. B. [https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/eu-support-refugees-turkiye\\_en](https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/eu-support-refugees-turkiye_en)]
- European Commission. (2024). *EU support to refugees in Türkiye: Education priority area brief No.*

5. [https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2024/Education%20BN\\_No.5\\_V2.pdf](https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2024/Education%20BN_No.5_V2.pdf)

European Court of Auditors. (2024). *Special report 06/2024: The Facility for Refugees in Turkey—Beneficial for refugees and host communities, but impact and sustainability not yet ensured*. [https://www.eca.europa.eu/ECAPublications/SR-2024-06/SR-2024-06\\_EN.pdf](https://www.eca.europa.eu/ECAPublications/SR-2024-06/SR-2024-06_EN.pdf)

European Union. (2015). Proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council establishing an EU common list of safe countries of origin for the purposes of Directive 2013/32/EU of the European Parliament and of the Council on common procedures for granting and withdrawing international protection, and amending Directive 2013/32/EU (COM/2015/0452 final - 2015/0211 (COD)). <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:52015PC0452>

Fábos, A. H., & Brun, C. (2022, August 26). Some refugees stay in temporary status indefinitely—How they still manage to create homes and communities. *The Conversation*. <https://theconversation.com/some-refugees-stay-in-temporary-status-indefinitely-how-they-still-manage-to-create-homes-and-communities-187664>

Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). (o.D.). *Early childhood education for the integration of refugee and vulnerable children in Turkey*. <https://www.giz.de/en/projects/early-childhood-education-integration-refugee-and-vulnerable-children-turkey>

Global Compact on Refugees. (n.d.). *Living and working together: Integration of Syrians in the Turkish economy*. United Nations High Commissioner for Refugees. <https://globalcompactrefugees.org/good-practices/living-and-working-together-integration-syrians-turkish-economy>

Gümüş, E., Kurnaz, Z., Eşici, H., & Gümüş, S. (2020). Current conditions and issues at temporary education centres (TECs) for Syrian child refugees in Turkey. *Multicultural Education Review*, 12, 53–78. <https://doi.org/10.1080/2005615X.2020.1756083>

Hauber-Özer, M. (2019). Schooling gaps for Syrian refugees in Turkey. *Forced Migration Review*, 60. <https://www.fmreview.org/education-displacement/hauberozer>

Heinrich Böll Stiftung. (2023). *Göçmen mahallelerinde yaşam raporu* [Report on life in migrant neighborhoods]. [https://tr.boell.org/sites/default/files/2023-11/gocmenyasamirapor\\_tr\\_28.11.23\\_web.pdf](https://tr.boell.org/sites/default/files/2023-11/gocmenyasamirapor_tr_28.11.23_web.pdf)

Human Rights Watch. (2015). “*When I picture my future, I see nothing*”: Barriers to education for Syrian refugee children in Turkey. <https://reliefweb.int/report/turkey/when-i-picture-my-future-i-see-nothing-barriers-education-syrian-refugee-children>

Human Rights Watch. (2022). *Turkey: Hundreds of refugees deported to Syria*. Human Rights Watch. <https://www.hrw.org/news/2022/10/24/turkey-hundreds-refugees-deported-syria>

Imrie-Kuzu, D., & Özerdem, A. (2021). Keeping Syrian refugees in Turkey is not a good idea: A new concept of “reluctant local integration”. *Third World Quarterly*, 44, 1606–1624. <https://doi.org/10.1080/01436597.2023.2197205>

International Organization for Migration (IOM). (2016). *IOM counts 3,771 migrant fatalities in Mediterranean in 2015*. <https://www.iom.int/news/iom-counts-3771-migrant-fatalities-mediterranean-2015>

International Organization for Migration (IOM). (2018). Migrants and refugees increasingly choosing Turkey as final destination. <https://turkiye.iom.int/news/migrants-and-refugees-increasingly-choosing-turkey-final-destination-flow-monitoring-survey-finds>

İçduygu, A. (2016). Turkey: Labour market integration and social inclusion of refugees (Study for the European Parliament's Committee on Employment and Social Affairs, IP/A/EMPL/2016-13, PE 595.328). European Parliament.

İçduygu, A., & Şimşek, D. (2016). Syrian refugees in Turkey: Towards integration policies. *Turkish Policy Quarterly*, 15, 59–69.

İneli-Ciger, M., & Ulusoy, O. (2020). *Why the EU-Turkey statement should never serve as a blueprint*. ASILE Project. <https://www.asileproject.eu/why-the-eu-turkey-statement-should-never-serve-as-a-blueprint/>

Kassoti, E., & Idriz, N. (Eds.). (2022). The informalisation of the EU's external action in the field of migration and asylum (Global Europe: Legal and Policy Issues of the EU's External Action, Vol. 1). Springer; T.M.C. Asser Press.

Kaya, A. (2016). Syrian refugees and cultural intimacy in Istanbul: "I feel safe here!". RSCAS Working Paper 2016/59. European University Institute.

Kaya, A. (2017a). A tale of two cities: Aleppo and Istanbul. *European Review*, 25, 365–387. <https://doi.org/10.1017/S1062798717000084>

Kaya, A. (2017b). Istanbul as a space of cultural affinity for Syrian refugees. *Southeastern Europe*, 41, 333–358. <https://doi.org/10.1163/18763332-04103003>

Kohlenberger, J., Rengs, B., Reichelt, S., Buber-Ennser, I., & Kalcher, H. (2025). Recent arrivals in Austria: Neue Geflüchtete aus Syrien am österreichischen Arbeitsmarkt. AMS Österreich.

Kohlenberger, J., Reichelt, S., & Khadri, K. (2026). (Im)permanent settlement: Protracted displacement and secondary movement experiences of Syrian refugees from Turkey to Austria. *Societies*, 15(2), Article 67. <https://doi.org/10.3390/socsci15020067>

Marbach, M., Hainmueller, J., & Hangartner, D. (2018). The long-term impact of employment bans on the economic integration of refugees. *Science Advances*, 4(9), eaap9519. <https://doi.org/10.1126/sciadv.aap9519>

Müller-Funk, L. (2019). *Adapting to staying, or imagining futures elsewhere: Migration decision making of Syrian refugees in Turkey* (IMI Working Paper No. 154). GIGA Institute for Middle East Studies.

Ovacık, G., İneli-Ciger, M., & Ulusoy, O. (2024). Taking stock of the EU-Turkey statement in 2024. *European Journal of Migration and Law*, 26, 154–178. <https://doi.org/10.1163/15718166-12340175>

Özertürk, O. K. (2019). *Turkey's refugee policies in mass displacements: The case of mass displacement from Syria* (Master's thesis). Middle East Technical University.

Özkan, Z., Eryılmaz, A., & Ergün, N. (2023). Intentions to return and migrate to third countries: A socio-demographic investigation among Syrians in Turkey. *Journal of International Migration and Integration*, 24, 1571–1587. <https://doi.org/10.1007/s12134-023-01031-x>

Peers, S., & Roman, E. (2016). *The EU, Turkey and the refugee crisis: What could possibly go wrong?* EU Law Analysis. <http://eulawanalysis.blogspot.com.tr/2016/02/the-eu-turkey-and-refugee-crisis-what.html>

Pries, L., & Zulfikar Savcı, B. Ş. (2023). Syrian refugees arriving in Germany: Choice of corridor and individual characteristics of forced migrants. *Frontiers in Sociology*, 8, 1070065. <https://doi.org/10.3389/fsoc.2023.1070065>

Refugee Support Aegean. (2024). *Eight years of failure of the EU-Turkey deal: The “safe third country” concept comes under scrutiny by the Court of Justice of the European Union*. <https://rsaagean.org/en/eu-turkey-deal-safe-third-country-concept-under-scrutiny-cjeu/>

Roman, E., Baird, T., & Radcliffe, T. (2016). *Why Turkey is not a “safe country”* (Statewatch Analysis). Statewatch. <https://www.statewatch.org/media/documents/analyses/no-283-why-turkey-is-not-a-safe-country.pdf>

Rottmann, S., & Kaya, A. (2021). “We can't integrate in Europe. We will pay a high price if we go there”: Culture, time and migration aspirations for Syrian refugees in Istanbul. *Journal of Refugee Studies*, 34, 474–490. <https://doi.org/10.1093/jrs/feaa018>

Şahin-Mencütek, Z., Gökalp Aras, N. E., Kaya, A., & Rottmann, S. B. (2023). *Syrian refugees in Turkey: Between reception and integration*. Springer Nature. <https://doi.org/10.1007/978-3-031-27366-7>

Şanlıer, İ. (2025). Navigating the shadows: Syrians under temporary protection, employment, and hyper precarity in Türkiye. In S. Carrera Nuñez, E. Karageorgiou, G. Ovacık, & N. F. Tan (Eds.), *Global asylum governance and the European Union's role* (International Perspectives on Migration, Vol. 18, pp. xx–xx). Springer. [https://doi.org/10.1007/978-3-031-74866-0\\_9](https://doi.org/10.1007/978-3-031-74866-0_9)

Şimşek, D. (2017). Turkey as a “safe third country”? The impacts of the EU-Turkey statement on Syrian refugees in Turkey. *Perceptions: Journal of International Affairs*, 22, 161–182.

Şimşek, D. (2020). Integration processes of Syrian refugees in Turkey: “Class-based integration”. *Journal of Refugee Studies*, 33, 537–554. <https://doi.org/10.1093/jrs/fey057>

The Federal German Government. (2021). *Fifth anniversary of the EU-Turkey statement* (FAQ). <https://www.bundesregierung.de/breg-en/service/archive/faq-eu-turkey-statement-1878730>

Toğral Koca, B. (2016). Syrian refugees in Turkey: From “guests” to “enemies”? *New Perspectives on Turkey*, 54, 55–75. <https://doi.org/10.1017/npt.2016.4>

Ulusoy, O. (2016, March 29). Turkey as a safe third country? *Border Criminologies Blog*. Oxford Law Faculty. <https://blogs.law.ox.ac.uk/research-subject-groups/centre-criminology/centreborder-criminologies/blog/2016/03/turkey-safe-third>

UNICEF Türkiye Country Office. (2021). *Inclusion of Syrian refugee children into the national education system—Turkey: Education case study*. <https://www.unicef.org/media/111666/file>

UNICEF Türkiye Country Office. (2024). *Report on analysis for out of school Syrian children: Türkiye country report*. <https://www.unicef.org/turkiye/en/media/18041/file>

United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR). (2024). *Syria refugee crisis explained*. <https://www.unrefugees.org/news/syria-refugee-crisis-explained/>

United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR). (n.d.). *Resources for employers in the Republic of Türkiye*. <https://www.unhcr.org/europe/resources-employers-republic-turkiye>

Yenidoğan, A. (2017). Thinking outside the camp: Syrian refugees in Istanbul. Migration Policy Institute. <https://www.migrationpolicy.org/research/syrian-refugees-istanbul>